

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Wochentagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- WM, frei Haus, bei Postbestellung 1,80 WM, jährlich 20,- WM. Die Telefonnummern sind 10 801. Die Adressen sind: Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 200.

Wochensatz 10,- WM. Die Adressen sind: Wilsdruff, Markt 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 200.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 195 — 94. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Donnerstag, den 22. August 1935

Rundfunk, Musikinstrument und Schallplatte.

Der Rückgang des Absatzes von Schallplatten hat in den letzten Jahren interessierte Kreise immer wieder dazu veranlaßt, nach dem „Schuldigen“ zu suchen. Die Versuche, den Rundfunk dafür verantwortlich zu machen, sind durch das kürzlich ergangene Gerichtsurteil im „Schallplattenkrieg“ im wesentlichen gescheitert. Es gelang der Schallplattenindustrie nicht, sich durch Lizenz an Rundfunk für den Gewinnrückgang schadlos zu halten. Dr. Goebbel's betonte in seiner Ansprache anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Rundfunkausstellung, daß es nicht mehr für angängig betrachtet werden könne, daß jede Handreichung, die man dem Volke leiste, wenn sie sich nicht schon an sich bezahlt mache, noch einmal besonders bezahlt werde.

Ähnliche Vorwürfe, wie sie von der Schallplattenindustrie gegen den Rundfunk erhoben werden, wurden einstweilen von den Musikinstrumentenherstellern ebenso gegen die Schallplatte gerichtet. Gerade die aufblühende Sprechmaschinenindustrie wurde für den Absatzrückgang der Musikinstrumente verantwortlich gemacht. Es hat sich aber gezeigt, daß das Abflauen des Schallplattenabsatzes keineswegs zu einer Belebung des Instrumentenhandels geführt hat. „Der Deutsche Volkswirt“ nimmt in einer interessanten Abhandlung zu dem Problem Stellung, wobei besonders die ökonomischen Grundlagen berücksichtigt werden: „Nachdem in einem unerhörten Ausmaß vor noch nicht zehn Jahren die Schallplatte mit der Umstellung auf das elektrische Aufnahmeverfahren zur Modeindustrie geworden war, folgte ein ebenso rapider Absatzzug. Die Sprechmaschinenindustrie verfiel vollkommen. Die Kofferapparate — die sich beziehungsweise allein als Sport- und Reisebegleiter erhalten haben — werden von der Schallplattenfabrikation selbst hergestellt. Am übrigen aber ist an die Stelle der Sprechmaschinen der Platten-Spieler als Zusatz- oder Kombinationsgerät zum Rundfunkempfänger getreten.“

Dieser Schrumpfsprozess trifft die Schallplattenindustrie in mancher Beziehung vermutlich fast schwerer als den Instrumentenbau. Die kapitalintensive, mechanisierte Schallplattenherstellung ist viel unbeweglicher als das arbeitsintensive Instrumentenhandwerk. Diese Verschiedenheit im Kapitalaufbau zeigt sich auch in der Struktur der Branche. Während in der Musikinstrumentenindustrie Konzernbildung (und heute auch Kartelle) völlig fehlen, sind alle Schallplattenfabriken Glieder großer internationaler Konzerne. Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation ist die Lage der beiden größten deutschen Schallplattengesellschaften, Lindbergh und Gramophon, die trotz mehrfacher Sanierungsversuche 1934 wieder mit Verlusten abgeschlossen haben, und es scheint ausgeschlossen, daß die Schallplattenindustrie in ihrem ganzen Umfang wieder rentabel wird.

Auf diesem ökonomischen Hintergrund ist der „Schallplattenkrieg“ entbrannt. Ursprünglich hatte die Schallplattenindustrie in der vermehrten Zensur die wesentliche Ursache für den Rückgang des Plattengeschäfts gesucht. Der Streit um die Schallplattenzensur im Rundfunk, der fast in allen europäischen Ländern entbrannt, wurde in Deutschland zunächst 1930 vorübergehend überbrückt. Jetzt ist eine Klage von der Schallplattenindustrie in erster Instanz im wesentlichen verlorengegangen. Die juristische Seite rührt dabei an entscheidende Grundprobleme des Urheberrechts. Aber der ökonomische Effekt der juristischen Auseinandersetzungen darf nicht überschätzt werden. Die Einführung einer Lizenzgebühr des Rundfunks für die Schallplattenzensur würde zwar eine zusätzliche Einnahme bedeuten; aber der Schaden, den das Schallplattengeschäft tatsächlich oder vermeintlich durch die Rundfunkzensur erleidet, wird dadurch wieder ausgeglichen. Denn das Schallplattenbehalten ist ebensowenig eine alleinige Folge der „Radio-Musik“, wie der Zusammenbruch des Klavierbaues durch die Schallplatte verursacht ist. Im ersten fürmischen Aufstieg ist ganz offensichtlich der Entwicklungsstand der Schallplatte überholt worden, die Industrie ist überfordert, und diese Überkapazität macht sich heute mit der Wandlung des Musiklebens doppelt geltend.

Aber es wäre übertrieben, von einem Ende der Schallplatte zu sprechen. Die Reproduktionstechnik in Form der heutigen Schallplatte ist freilich überholt, das Phonogramm wird sich behaupten, weil es Aufgaben erfüllt, die sonst nicht gelöst werden können; es bewahrt die Darbietungen berühmter Künstler, die der Rundfunk nur verbreiten kann; es ist mit dem Tonfilm das Konservierungsmittel für die Zeit. Und auch für den verfeinerten Musikgenuss bleibt dem Phonogramm eine große Zukunftsaufgabe. Er wird überall dort über die Radiomusik triumvirieren, wo persönliche Neigungen die Richtung des Geschmacks bestimmen; der Rundfunk unterwirft die Hörer seinem Programm, die Schallplatte ist dem Programm des Hörers unterworfen.“

Politischer Hochbetrieb in London.

Absessinienkonflikt führt zu englisch-italienischer Spannung.

England und Italien rufen auf — Kampf um die Mittelmeerrheinherrschaft?

An der Absessinien-Sitzung der englischen Regierung nehmen alle 22 Mitglieder des britischen Kabinetts teil. Der Auswärtige Ausschuss der englischen Regierung hielt bereits zur Vorbereitung der Vollversammlung des Kabinetts eine Beratung ab. Bei der ersten Auffassung, die in amtlichen englischen Kreisen über die Zustimmung des Absessinien-Konflikts herrscht, ist weniger die Tatsache eines völligen Zusammenbruchs des Völkerbundes als vielmehr die Befürchtung maßgebend, daß Großbritannien in einen Krieg mit Italien hineingetrieben werden könne, wenn Frankreich sich nicht zu tatkräftiger Unterstützung des englischen Standpunktes entschließen könne.

Die englische Presse ist der Ansicht, daß Mussolini beabsichtigt sei, England offen die Vorkriegsherrschaft im Mittelmeer freitrag zu machen. Gleichzeitig erwartet man in Afrika ein „italienisch-englisches Nashoda“, dessen Auswirkungen für ganz Europa verhängnisvoll sein könnten. Der Bevollmächtigte Mussolinis, Baron Aloisi, soll dem englischen Minister Eben in Paris mit nüchternen Worten erklärt haben, daß Italien den Vertrag von 1925 und damit die englische Interessensphäre um den Tanaisee und die Äthiopien nicht mehr anerkennen werde.

Von englischer Seite sei kein Zweifel darüber gelassen worden, daß die italienische Invasionsarmee sich beim Eindringen in dieses absessinische Gebiet englischen Bataillonen gegenübersehen werde. Mussolini sei davon verständigt worden, hätte aber diese Drohung in den Wind geschlagen.

Man nimmt daher in London an, daß die englische Regierung eine Erhöhung der englischen Streitkräfte zur Erde, zu Wasser und zur Luft beschließen wird. Die englische Regierung wird ferner eine Aufhebung der Waffenexportbeschränkungen, unter der nur Absessinien zu leiden hat. Eine englische Waffenexport nach Italien hält man praktisch in London nicht für möglich, im Hinblick auf die politischen Spannungen und auf die immer mehr steigenden Zahlungsschwierigkeiten Italiens. Schließlich wird die englische Regierung die

Schließung des Suezkanals für die italienischen Schiffe erwägen. Eine Einberufung des englischen Parlaments wird in London nicht vor der Beendigung der Septembertagung des Völkerbundsrates für notwendig erachtet.

Der englischen Kabinettsitzung gingen Besprechungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten Baldwin, seinem Stellvertreter MacDonald, dem Unterstaatssekretär des Äußeren Sir Robert Balfour, Sir Austen Chamberlain und dem australischen Oberkommissar Bruce, der australischer Vertreter im Völkerbund ist, voraus. MacDonald hat erklärt: „Ich sehe die gegenwärtige Lage als das ernsteste Problem an, das England seit 1914 zu lösen gehabt hat.“

Laval in der Zwickmühle.

In den französischen Zeitungen wird die Frage aufgeworfen, wie Frankreich sich verhalten solle, wenn die Waffenexporte gegen Absessinien aufgehoben werde. Man meint, daß Frankreich sich seinen Verpflichtungen den Transport von Waffen durch seine Eisenbahn von Dschibuti nach Abbeba vorzunehmen, nicht entziehen könne. Um eine daraus sich ergebende Spannung zwischen Italien und Frankreich zu vermeiden, versucht der französische Ministerpräsident Laval die englische Regierung dahin zu beeinflussen, die Aufhebung der Waffenexporte erst nach der Völkerbundsversammlung im September vorzunehmen.

Italien rüstet weiter.

Wie aus Rom gemeldet wird, setzt Italien seine kriegerischen Vorbereitungen fort. Alle faschistischen Parteisekretäre haben sich für den Kriegsdienst in Nordafrika gemeldet. Italien sei überzeugt, daß es seine Ansprüche gegenüber Absessinien nicht ohne militärische Operationen durchführen könne. Nichts werde das Italien Mussolinis verteidigen, so schreibt die italienische Presse, Verzichte und Demütigungen von einst zu erneuern. Nur jene, die kein Herz für geschichtliche Größe hätten, könnten das Drama des italienischen Volkes nicht verstehen, das durch Ungerechtigkeit gezwungen sei, zum Kriege zurückzugreifen, da es sonst erstickt.

Mussolini hat angeordnet, daß der Mannschaftsbestand der italienischen Fliegertreffen stark erhöht werde.

In römischen Kreisen wird berichtet, daß Italien an den kommenden Genfer Verhandlungen des Völkerbundsrates bestimmt teilnehmen wird. Inzwischen beginnen in Südtirol die großen italienischen Herbstmanöver, die die Beweglichkeit der motorisierten Truppen im Gebirge feststellen sollen. Der italienische Regierungschef Mussolini, der diese großen Übungen in maßgebenden Teilen beaufsichtigen wird, will damit demonstrieren, daß Italien seine militärische Schlagkraft in Europa trotz des Absessinienkonflikts nicht verloren hat.

Politischer Hochbetrieb in London.

Die Frage der Sanktionen im Vordergrund.

Das Londoner Regierungsviertel war am Mittwoch, dem Vortag der Absessinien-Sitzung des britischen Kabinetts, der Mittelpunkt höchster diplomatischer Tätigkeit. Zahlreiche Einzelbesprechungen nicht nur mit den Mitgliedern des Kabinetts und den führenden Persönlichkeiten der Regierungsparteien, sondern auch mit den Vertretern der Opposition sowie mit den Oberkommissaren der großen britischen Dominions wurden im Laufe des Tages im Foreign Office geführt.

Nachdem bereits am Dienstagabend eine Aussprache zwischen dem Führer der liberalen Opposition, Sir Herbert Samuel, und dem Völkerbundskommissar Eden stattgefunden hatte, folgten am Mittwoch längere Unterredungen zwischen dem Außenminister Sir Samuel Hoare und dem früheren Arbeiterparteiländer Lansbury. Von besonderem Interesse ist die anderthalbstündige Unterredung, die er mit Lord George hatte, der auch heute noch bei Fragen von entscheidender Bedeutung die Rolle des ältesten Staatsmannes spielt.

Dienstagabend sprach der amerikanische Geschäftsträger in London, Aliberton, beim englischen Außenminister vor, der dem Vertreter der Vereinigten Staaten einen Lagebericht gab. Zu den Besuchern im Foreign Office zählten ferner die konservativen Abgeordneten Sir Austen Chamberlain und Winston Churchill sowie Lord Cecil und der ägyptische Gesandte. Noch am Mittwochabend fand eine erste längere Besprechung Baldwin's mit den Ministern Hoare und Eden statt.

Daß der italienisch-absessinische Streitfall als ein britisches Reichsproblem angesehen wird, geht aus der sofortigen Fühlungnahme des englischen Außenministers mit den Vertretern der Dominions hervor.

Am Vormittag fand im Foreign Office im Beisein Hoares eine Art Reichskonferenz statt.

an der der Oberkommissar für Australien, Bruce, der Oberkommissar für Neuseeland, Farr, der amtierende Oberkommissar für Kanada, Vanier, und der Oberkommissar für den Irischen Freistaat, Duland, teilnahmen. In der anderthalbstündigen Konferenz gab Außenminister Hoare einen umfassenden Überblick über den Zusammenbruch der Pariser Dreimächteverhandlungen und über die der britischen Regierung nun noch offenstehenden Wege.

Das britische Kabinett tritt am Donnerstag zu den für englische Verhältnisse ungewöhnlich frühen Stunden von 11 Uhr vormittags zusammen. Dieser Umstand läßt darauf schließen, daß die Regierung mit Beratungen von beträchtlicher Dauer rechnet. Die Kernfrage, über die sich das Kabinett schlüssig werden muß, ist die Frage, ob gegen Italien Sanktionen angewendet werden sollen. Die Ansichten innerhalb der Regierung sollen hierüber zur Zeit geteilt sein.

Amerikanische Neutralitätsvorlage angenommen.

Der Senat nahm die vom Außenaußenkomitee des Senats unterbreitete Entschließung an, die Vorschläge zur Sicherung der amerikanischen Neutralität enthält. Die Entschließung wurde sofort an das Repräsentantenhaus weitergeleitet.

Neuer Appell des Regus an den Völkerbund.

In Addis Ababa macht sich in offiziellen Kreisen nach dem Scheitern der Pariser Konferenz mehr und mehr Unruhe geltend. Wie der Vertreter der Pariser Nachrichtenagentur Havas erfährt, hat der Regus den Völkerbund aufgefordert, neutrale Beobachter an die Grenzen zu entsenden, um festzustellen, wobei die Angriffsgeschäfte vorzunehmen. Er habe aber bisher keinerlei Antwort erhalten. Der Regus erklärte dem Berichterstatter, ob denn die Welt die Augen schließen würde, um sich ihrer Pflicht zu entziehen, die darin bestände, Gewalttaten zu verhindern, die gegen das Lebensrecht und die Unabhängigkeit des absessinischen Volkes begangen werden sollten.